

Nr. 14/2020 am 03.05.2020

„Berliner Schulverhältnisse“ für München?

brlv lehnt „Schul-Modellprojekt“ des Koalitionsvertrages als grün-rotes Ideologiekonstrukt ab

Wenig Licht, viel Schatten sieht der Bayerische Realschullehrerverband (brlv) nicht nur im Bildungsbereich im Koalitionsvertrag der Grünen und der SPD in der Landeshauptstadt München. „Abgesehen von der geplanten Gründung einer geforderten Gemeinschaftsschule ist wenig konkret. Diese überholte Strukturdebatte lehnen wir vehement ab. Schüler dieser Schule wären dann nicht nur vom bayerischen Schulsystem abgehängt, auch die Notengebung und die Vorrückungserlaubnis würden abgeschafft. Dies liegt nicht nur fernab jeglicher Realität, sondern rückt München dann in eine Liga mit den bildungspolitisch gescheiterten Stadtstaaten Berlin oder Bremen“, so der brlv-Landesvorsitzende Jürgen Böhm.

Schule ohne Leistungsanforderungen und Realitätsnähe lehne der brlv generell ab. Damit begingen Grüne und Sozialdemokraten in München den gleichen Fehler anderer Bundesländer, die in Bildungsrankings weit hinter Bayern rangieren. „München würde damit auch zum Bundesland im Bundesland. Davon abgesehen gibt es aus meiner Sicht keine rechtliche Grundlage für dieses grün-rote Wunschprojekt“, erklärt Böhm.

„Für viele der geplanten Vereinbarungen gibt es gar nicht das Personal an Realschulen in München. Immer mehr Kollegen verlassen bewusst die Landeshauptstadt, immer weniger Absolventen bewerben sich“, resümiert der brlv-Bezirksvorsitzende in München, Alexander Georg. Wenn der Koalitionsvertrag von „Vermeidung dauerhafter Überlastung bei der Arbeit“ spreche, klinge das für die Kollegen im ersten Moment gut, doch fehle vor dem Hintergrund immer weiterer zusätzlicher Belastungen der Glaube. „Auch ‚proportionaler Personalausbau‘ mag gut klingen, doch wird die Landeshauptstadt in den nächsten Jahren keine Bewerber finden, wenn sie ihre Attraktivität als Arbeitgeberin nicht erhöht. Hierzu gehören vor allem bessere Arbeitsbedingungen, wie die Schulklimabefragung 2018, die die Stadt selbst durchgeführt hat, bereits gezeigt hat.“ Der Personalmangel zeige sich schon jetzt, da die vom Stadtrat beschlossene Lehrerreserve bisher nicht an den Schulen angekommen ist.

Mit Blick auf die angespannte Personalsituation sei ein flächendeckender Ausbau des Ganztages nicht zu schaffen, mahnt Georg an. „Zudem kann der Elternwille nur gewahrt bleiben, wenn man den Ganztage bedarfsgerecht ausbaut und nicht verpflichtend für alle Schüler. Spätestens ab Jahrgangsstufe 8 fordern wir zwingend bedarfsgerecht den offenen Ganztage zu organisieren. Es geht darum, dass Schüler und Eltern eine echte Wahl haben – für alle das Gleiche ist in einer demokratischen Gesellschaft nicht die richtige Antwort und geht an den Realitäten vorbei“, fordert Böhm.

Die Ausweitung der bedarfsgerechten Budgetierung begrüßt der brlv unter der Bedingung, dass sie der Personalplanung zugutekommt. „Dieses Geld weiter an private Anbieter zu geben, lehnen wir ab. Das gilt auch für die Schulsozialarbeit. Hier muss die zukünftige Stadtregierung Verantwortung übernehmen, indem sie dieses Personal einstellt und führt“, fordert Georg.

